

Schlechtere Ernährung durch den Brexit?

Britisch-deutsches Forschungsteam sieht Risiken für einen ungesünderen Lebensstil im Vereinigten Königreich / Politik ist gefordert

Die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs läuft Gefahr, nach dem Brexit zu einer ungesünderen Ernährung überzugehen, verbunden mit einem Anstieg an Krankheiten und ernährungsbedingten Todesfällen. Um das zu vermeiden, braucht es eine gesundheitsbewusste Handels- und Landwirtschaftspolitik. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die von Dr. Florian Freund vom Thünen-Institut für Marktanalyse in Braunschweig und Dr. Marco Springmann von der Universität Oxford durchgeführt und jetzt im Fachjournal „Nature Food“ veröffentlicht wurde.

In ihrer Studie kombinierten die Wissenschaftler ein ökonomisches Simulationsmodell mit einem Gesundheitsmodell, um abzuschätzen, wie sich die Handels- und Landwirtschaftspolitik nach dem Brexit auf die ernährungsbedingte Gesundheit der Briten auswirken könnte. Die Agrar- und Ernährungswirtschaft des Vereinigten Königreichs ist stark von Importen abhängig und daher besonders anfällig für Veränderungen in der Handelspolitik. Die Hälfte aller auf der Insel konsumierten Lebensmittel wird importiert – größtenteils aus der EU –, darunter mehr als drei Viertel aller Früchte und Gemüse. Ungesunde Ernährung mit zu wenig Obst und Gemüse, zu viel rotem und verarbeitetem Fleisch und zu vielen Kalorien ist einer der wichtigsten Faktoren für eine vorzeitige Sterblichkeit im Vereinigten Königreich.

Die Studie legt nahe, dass es aufgrund von Brexit-bedingten Preiserhöhungen zu einem geringeren Konsum von gesundheitsfördernden Lebensmitteln wie Obst, Gemüse, Hülsenfrüchten und Nüssen kommen könnte. Das Ende 2020 verabschiedete Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich beseitigt viele, aber nicht alle Handelshemmnisse. Dazu kommt: Die Post-Brexit-Handelsabkommen, die derzeit verhandelt werden, können die ernährungsbedingten Risiken erheblich verstärken. So könnten Freihandelsabkommen mit den USA und den Commonwealth-Ländern zu einer schlechteren Ernährung mit mehr Kalorien aus rotem Fleisch, Ölen und Getreide führen, wodurch sich die ernährungs- und gewichtsbedingten Risikofaktoren erheblich erhöhen würden.

Thünen-Institut

Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei
Bundesallee 50
38116 Braunschweig
www.thuenen.de

Pressesprecher:

Dr. Michael Welling
Fon: 0531-596 1016
Fax: 0531-596 1099
pressestelle@thuenen.de

Eine gesundheitsbewusste Handels- und Agrarpolitik kann dazu beitragen, die durch den Brexit verursachten negativen Auswirkungen auf die ernährungsbedingte Gesundheit im Vereinigten Königreich zu vermeiden. Die Abschaffung von Zöllen auf Gartenbauprodukte aus allen Ländern und eine Reform der britischen Agrarsubventionen zur Unterstützung der heimischen Produktion von Obst, Gemüse, Hülsenfrüchten und Nüssen würden die negativen Auswirkungen des Brexit auf die Ernährungsgesundheit mildern. Die Politik im Vereinigten Königreich ist also gefordert.

„Unsere Studie zeigt, dass eine Global-Britain-Strategie, die sich auf Handelsabkommen mit großen Exporteuren von Lebensmitteln fokussiert, ernsthaft überprüft werden sollte. Denn viele dieser Lebensmittel sind weder gesund noch nachhaltig, sodass sie den Überlegungen zur öffentlichen Gesundheit zuwiderlaufen“, sagt Dr. Marco Springmann von der Universität Oxford.

Dr. Florian Freund vom Thünen-Institut ergänzt: „Unsere Ergebnisse unterstreichen, wie notwendig gesundheitsgerechte Handels- und Agrarreformen sind. Mehr Nahrung ist nicht immer besser, sondern es kommt auf die richtige Mischung an. Um die Gesundheit der Menschen zu schützen, braucht es eine konsequente Politik, die ungesunde Lebensmittel weniger attraktiv macht und gesunde fördert.“

Kontakt:

Dr. Florian Freund
Thünen-Institut für Marktanalyse, Braunschweig
Tel.: 0531 596-5338
Mail: florian.freund@thuenen.de

Originalartikel:

Freund, F., Springmann, M.: Policy analysis indicates health-sensitive trade and subsidy reforms are needed in the UK to avoid adverse dietary health impacts post-Brexit. Nat Food (2021).
<https://doi.org/10.1038/s43016-021-00306-9>